



**Reglement über Klimaschutz (Klimareglement, KR); Erlass**

**Stellungnahme des Gemeinderates zu den Anträgen aus der ersten Lesung, Stand 9.12.2021, 18.00 Uhr.**

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung	Stellungnahme Gemeinderat
1.	GB/JA!	Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie eine städtische Mietpreis- kontrolle bei (energetischen) Sanierun- gen in der Bauordnung (oder ander- weitig in einem eigenen Reglement) verankert werden kann. Der Gemein- derat soll sich dabei auf die Erfahrun- gen in den Kantonen Genf und Waadt stützen.	Die Umsetzung des Klimareglements wird zu vielen energetischen Sanierun- gen führen. Damit diese sozialverträglich sind und nicht zu überteuerten Mie- ten führen, braucht es Gegenmassnah- men. Analog zum Schutz von Wohnraum bei Wohnungsknappheit (Art. 16a Bau- ordnung) könnte auch der Schutz vor überteuerten energetischen Sanierun- gen in der städtischen Bauordnung ei- gentümerverschrieben verankert werden.	<u>Ablehnen</u> Das Anliegen dieses Antrags ist bereits mit der in Art. 3 Abs. 3 enthaltenen Sozi- alverträglichkeit abgedeckt.

**Legende zur Synopsis:**Neu = **fett und kursiv**Gestrichen = ~~durchgestrichen~~

Unverändert = ohne spezielle Formatierung

<b>Klimareglement, KR neu</b>	<b>Anträge</b>	<b>Stellungnahme Gemeinderat</b>
<b>Art. 1 Grundsätze</b> <b><sup>1</sup> Die Stadt Bern setzt sich dafür ein, dass die Ziele des Übereinkommens von Paris vom 12. Dezember 2015 (Klimaübereinkommen)<sup>1</sup> erreicht werden.</b>	<b>FSU<sup>2</sup>:</b> <sup>1</sup> Die Stadt Bern setzt sich <b>verbindlich</b> dafür ein, dass die Ziele des Übereinkommens von Paris vom 12. Dezember 2015 (Klimaübereinkommen) <sup>3</sup> erreicht werden.	<u>Annehmen</u>
	<b>FDP/JF, Die Mitte<sup>4</sup>:</b> <sup>1</sup> Die Stadt Bern setzt sich dafür ein, dass die Ziele des Übereinkommens von Paris vom 12. Dezember 2015 (Klimaübereinkommen) <b>auf Stadtebene</b> erreicht werden.	<u>Annehmen</u> Die Annahme des Antrags ist jedoch nicht zwingend notwendig. Mit dem Begriff der «territorialen» CO <sub>2</sub> -Emissionen wird bereits ausgesagt, dass es um die CO <sub>2</sub> -Emissionen auf städtischer Ebene geht. Übergeordnet müssen die Rahmenbedingungen so ausgestaltet sein, dass auf städtischer Ebene ein griffiger Klimaschutz möglich ist.
<b><sup>2</sup> Sie trifft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die nötigen und geeigneten Massnahmen, um diese Klimaziele auf ihrem eigenen Gebiet bis 2035 zu erreichen. Dabei achtet sie darauf,</b>	<b>FSU<sup>5</sup>:</b> <sup>2</sup> Sie trifft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die nötigen und geeigneten Massnahmen, um diese Klimaziele auf ihrem eigenen Gebiet <b>spätestens</b> bis 2035 zu erreichen. [...]	<u>Annehmen</u>

---

<sup>1</sup> SR 0.814.012

<sup>2</sup> **Begründung:** Der Art. 1 Abs. 4 lautet «Sie nimmt im Bereich des Klimaschutzes eine Vorbildfunktion wahr.»; dem soll deutlich – verbindlich - Rechnung getragen werden.

<sup>3</sup> SR 0.814.012

<sup>4</sup> **Begründung:** Bern kann gutes Beispiel für eine in Sachen Klimaschutz progressive Stadt sein. Klimaschutz auf Kantons- und Bundesebene ist aber Sache der dafür zuständigen übergeordneten Behörden.

<sup>5</sup> **Begründung:** Das Jahr 2035 soll als Minimalziel statt nur als Ziel zur Erfüllung des Pariser Klimaübereinkommens verankert werden.

<i>Klimareglement, KR neu</i>	Anträge	Stellungnahme Gemeinderat
<b>dass die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet nicht zur Erhöhung dieser Emissionen ausserhalb der Stadt führt.</b>		
	<p><b>GB/JAI<sup>6</sup>:</b>  <sup>2</sup> Sie trifft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die nötigen und geeigneten Massnahmen, um diese Klimaziele auf ihrem eigenen Gebiet bis <del>2035</del> <b>spätestens 2030</b> zu erreichen. Dabei achtet sie darauf, dass die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet nicht zur Erhöhung dieser Emissionen ausserhalb der Stadt führt.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  2035 ist bereits sehr ambitioniert und alle Strategien der involvierten Partner sind auf diesen Zeitpunkt ausgerichtet. Wird dieser Zeitpunkt nach vorne geschoben, müssen sämtliche Strategien neu erarbeitet werden. Dies bindet personelle und finanzielle Ressourcen, die für die Umsetzung benötigt werden. Zudem ist die Planungssicherheit nicht mehr gegeben.</p>
	<p><b>SVP:</b>  <sup>2</sup> Sie trifft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die nötigen und geeigneten Massnahmen, um diese Klimaziele auf ihrem eigenen Gebiet bis <del>2035</del> <b>2070</b> zu erreichen. Dabei achtet sie darauf, dass die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet nicht zur Erhöhung dieser Emissionen ausserhalb der Stadt führt.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  Dieser Antrag ist mit dem Klimaabkommen von Paris nicht vereinbar.</p>

<sup>6</sup> **Begründung:** Die Stadt Bern hat das CO<sub>2</sub>-Gesetz klar angenommen. Deshalb muss die Stadt in der Klimapolitik eine Vorbildfunktion einnehmen und rasch vorangehen. Zudem fällt in der Stadt nur ein Bruchteil der von der Stadtbevölkerung verursachten Treibhausgase an. Die Stadt Lausanne geht davon aus, dass 75% der von der Stadtbevölkerung verursachten Emissionen ausserhalb des Stadtgebiets anfallen. Für die Stadt Bern ist die Aufteilung ähnlich. Die Stadt Bern ist weder bei dem Nahrungsmittel noch bei den übrigen Gütern selbstversorgend. Deshalb soll die Stadt ab 2030 mehr Treibhausgase binden als freisetzen. Möglicher Handlungsspielraum liegt insbesondere im klimapositiven Bauen. Zusätzlich wurde 2019 das Postulat «CO<sub>2</sub> Neutralität bis 2030» im SR als erheblich erklärt.

	<p><b>Eventualantrag SVP:</b>  <sup>2</sup> Sie trifft im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die nötigen und geeigneten Massnahmen, um diese Klimaziele auf ihrem eigenen Gebiet bis <del>2035</del> <b>2055</b> zu erreichen. Dabei achtet sie darauf, dass die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet nicht zur Erhöhung dieser Emissionen ausserhalb der Stadt führt.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  Dieser Antrag ist mit dem übergeordnetem Recht nicht vereinbar.</p>
	<p><b>FSU<sup>7</sup>:</b>  <sup>2</sup>[...] <del>Dabei achtet sie darauf</del>, <b>verpflichtet sie sich, darauf zu achten</b>, dass die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet nicht zur Erhöhung dieser Emissionen ausserhalb der Stadt führt.</p>	<p><u>Annehmen</u></p>
	<p><b>FSU<sup>8</sup>:</b>  Art. 1 Abs. 2<sup>bis</sup>  <sup>2bis</sup> <b>Sie strebt in Bezug auf ausserhalb der Stadt verursachte oder von der Stadt finanzierte Emissionen eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft sowie klimaverträgliche Finanzinvestitionen an.</b></p>	<p><u>Annehmen</u>  Der Gemeinderat favorisiert jedoch den Antrag SP/JUSO<sup>9</sup>.</p>

<sup>7</sup> **Begründung:** Der Art. 1 Abs. 4 lautet «Sie nimmt im Bereich des Klimaschutzes eine Vorbildfunktion wahr»; dem soll deutlich Rechnung getragen werden. Diese Formulierung lässt immer noch genügend ökonomischen Spielraum.

<sup>8</sup> **Begründung:** Ohne Einbezug der grauen Emissionen im Sinne einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft und ohne klimaverträglich bewirtschaftete Finanzanlagen und Vermögen werden die stadt eigenen Bemühungen zum Klimaschutz auf indirektem Weg unterlaufen. Zudem sind klimaneutrale Finanzanlagen ein zentrales Anliegen im Pariser Klimaübereinkommen.

	<b>SP/JUSO<sup>9</sup>:</b> Art. 1 Abs. 2 <sup>bis</sup> <i>2bis Sie strebt eine Kreislaufwirtschaft sowie klimaverträgliche Finanzinvestitionen an.</i>	<u>Annehmen</u>
<sup>3</sup> <b>Sie verzichtet nach Möglichkeit auf den Erwerb von Zertifikaten zur Kompensation von Treibhausgasemissionen.</b>	<b>GLP/JGLP<sup>10</sup>:</b> <sup>3</sup> Sie verzichtet nach Möglichkeiten auf den Erwerb von Zertifikaten zur Kompensation von Treibhausgasemissionen. <b>Der Erwerb von Zertifikaten zur Kompensation von Treibhausgasemissionen ist nur in begründeten Ausnahmefällen erlaubt. Die Stadt Bern stellt dabei sicher, dass die erworbenen Zertifikate den höchsten verfügbaren Umwelt- und Sozial Standards entsprechen und jegliche Doppelzahlungen ausgeschlossen werden. Der Gemeinderat erarbeitet Richtlinien zur Identifikation der Ausnahmefälle.</b>	<u>Ablehnen (aber priorisiert gegenüber GB/JA!<sup>11</sup>)</u> . Der Gemeinderat favorisiert die bestehende Formulierung. Falls Art. 1 Abs. 3 verändert wird, unterstützt der Gemeinderat den Antrag GLP/JGLP <sup>10</sup> .  Die Anträge GLP/JGLP <sup>10</sup> und GB/JA! <sup>11</sup> gehören zusammen.
	<b>GB/JA!<sup>11</sup>:</b> <sup>3</sup> Sie verzichtet <del>nach Möglichkeiten</del> auf den Erwerb von Zertifikaten zur Kompensation von Treibhausgasemissionen. <b>Der Gemeinderat kann für eine beschränkte Dauer für EWB Ausnahmen vorsehen. Die Stadt Bern stellt</b>	<u>Ablehnen</u> Die Beschränkung auf ewb ist zu eng gefasst, ist doch beispielsweise auch die Kästli Bau AG vorderhand auf Zertifikate angewiesen.

<sup>9</sup> **Begründung:** Eine Kreislaufwirtschaft zielt in erster Linie darauf ab, die Ressourcen am Ort des Konsums in einem hochwertigen Zyklus zu halten. Daher ist der Verweis auf «ausserhalb der Stadt» etwas verwirrend und nicht nötig, denn alle Ressourceninputs werden für die Kreislaufbetrachtung miteinbezogen. Gleichzeitig sind Finanzinvestitionen so vorzunehmen, dass sie die notwendige Transformation und Dekarbonisierung unterstützen (und z.B. keine Investitionen in nicht-erneuerbare Energie erfolgen).

<sup>10</sup> **Begründung:** Lieber Zertifikate kaufen und am Absenkpfad festhalten als die Ziele nicht zu erreichen. Sogar der IPCC sagt wir brauchen für die Lösung Negativ-Technologien und dafür braucht es auch einen Zertifikatshandel.

<sup>11</sup> **Begründung:** Den Ausführungen des Gemeinderats ist zu entnehmen, dass einzig die EWB allenfalls auf Zertifikate zurückgreifen können soll. Damit keine Missverständnisse entstehen, soll dies explizit im Reglement so aufgeführt werden. Die Ausnahme soll zeitlich beschränkt sein, da EWB momentan während des Betriebs des Gas- und Dampfkombikraftwerkes darauf angewiesen ist, die Emissionen kompensieren zu können. Anschliessend soll das Gas- und Dampfkombikraftwerk jedoch durch eine neue Technologie ersetzt werden.

	<b>dabei sicher, dass die erworbenen Zertifikate den höchsten verfügbaren Umwelt- und Sozialstandards entsprechen und jegliche Doppelzählungen ausgeschlossen werden.</b>	
<sup>4</sup> <b>Sie nimmt im Bereich des Klimaschutzes eine Vorbildfunktion wahr.</b>		
<sup>5</sup> <b>Sie trifft Massnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderung.</b>	<b>FSU<sup>12</sup>:</b> <sup>5</sup> Sie trifft <b>relevante</b> Massnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderung, <b>deren Wirksamkeit wissenschaftlich belegt sind.</b>	<u>Ablehnen</u> Der Gemeinderat hält an seiner Formulierung fest. Es werden nur Massnahmen umgesetzt, mit denen eine Wirkung erzielt werden kann.
<b>Art. 2 Absenkpfade</b> <sup>1</sup> <b>Die gesamthaften territorialen Treibhausgasemissionen der Stadt Bern, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt:</b> <b>a. bis 2025: 3.14 Tonnen</b> <b>b. bis 2031: 1.86 Tonnen</b> <b>c. bis 2035: 1.00 Tonnen</b> <b>d. bis 2041: 0.60 Tonnen</b>	<b>GB/JA<sup>13</sup>:</b> <sup>1</sup> Die gesamthaften territorialen Treibhausgasemissionen der Stadt Bern, gemessen in CO <sub>2</sub> -Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt: a. bis <del>2025</del> <b>2023</b> : 3.14 Tonnen b. bis <del>2031</del> <b>2025</b> : 1.86 Tonnen c. bis <del>2035</del> <b>2027</b> : 1.00 Tonnen d. bis <del>2041</del> <b>2029</b> : 0.60 Tonnen <sup>2</sup> Die territorialen Treibhausgasemissionen des Sektors Wärme, gemessen in CO <sub>2</sub> -Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt: a. bis <del>2025</del> <b>2023</b> : 1.77 Tonnen b. bis <del>2031</del> <b>2025</b> : 1.04 Tonnen c. bis <del>2035</del> <b>2027</b> : 0.56 Tonnen d. bis <del>2041</del> <b>2029</b> : 0.34 Tonnen	<u>Ablehnen</u> Der Absenkpfad ist bereits sehr ambitioniert und die Strategien und Planungen der involvierten Partner sind auf diesen Zeitpunkt ausgerichtet. Wird dieser Zeitpunkt nach vorne geschoben, müssen sämtliche Strategien neu erarbeitet werden. Dies bindet personelle und finanzielle Ressourcen, die für die Umsetzung benötigt werden. Zudem ist die Planungssicherheit nicht mehr gegeben

<sup>12</sup> **Begründung:** Das Ziel Netto 0 2045 verlangt ein starkes Reglement; so aufgrund des Art. 1 Abs. 4. Die Wirksamkeit der Massnahmen müssen wissenschaftlich belegt sein, damit das vorliegende Reglement griffig ist und zum Ziel führt.

<sup>13</sup> **Begründung:** Die Ziele des Klimaübereinkommens von Paris müssen bis 2030 erreicht werden (Antrag 1). Die Ziele des Übereinkommens streben Netto Null an. Da die Stadt Bern bis 2030 wahrscheinlich keine grosse Menge an Emissionen mit Senken kompensieren kann, sollen auch die Absenkpfade, welche Bruttoemissionen behandeln, auf 2030 angepasst werden.

	<p>3 Die territorialen Treibhausgasemissionen des Sektors Mobilität, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt:</p> <p>a. bis <del>2025</del> <b>2023</b>: 0.54 Tonnen  b. bis <del>2034</del> <b>2025</b>: 0.32 Tonnen  c. bis <del>2035</del> <b>2027</b>: 0.17 Tonnen  d. bis <del>2044</del> <b>2029</b>: 0.10 Tonnen</p>	
	<p><b>Eventualantrag GB/JA!<sup>14</sup>:</b></p> <p><sup>1</sup> Die gesamthaften territorialen Treibhausgasemissionen der Stadt Bern, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt:</p> <p>a. bis <del>2025</del> <b>2024</b>: 3.14 Tonnen  b. bis <del>2034</del> <b>2026</b>: 1.86 Tonnen  c. bis <del>2035</del> <b>2028</b>: 1.00 Tonnen  d. bis <del>2044</del> <b>2030</b>: 0.60 Tonnen</p> <p>2 Die territorialen Treibhausgasemissionen des Sektors Wärme, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt:</p> <p>a. bis <del>2025</del> <b>2024</b>: 1.77 Tonnen  b. bis <del>2034</del> <b>2026</b>: 1.04 Tonnen  c. bis <del>2035</del> <b>2028</b>: 0.56 Tonnen  d. bis <del>2044</del> <b>2030</b>: 0.34 Tonnen</p> <p>3 Die territorialen Treibhausgasemissionen des Sektors Mobilität, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt:</p> <p>a. bis <del>2025</del> <b>2024</b>: 0.54 Tonnen  b. bis <del>2034</del> <b>2026</b>: 0.32 Tonnen</p>	<p><u>Ablehnen</u></p> <p>Der Absenkpfad ist bereits sehr ambitioniert und die Strategien und Planungen der involvierten Partner sind auf diesen Zeitpunkt ausgerichtet. Wird dieser Zeitpunkt nach vorne geschoben, müssen sämtliche Strategien neu erarbeitet werden. Dies bindet personelle und finanzielle Ressourcen, die für die Umsetzung benötigt werden. Zudem ist die Planungssicherheit nicht mehr gegeben.</p>

<sup>14</sup> **Begründung:** Der Art. 1 Abs. 2 vom Gemeinderat fordert, dass die Ziele des Klimaübereinkommens von Paris bis 2035 erreicht werden. Die Ziele des Übereinkommens streben Netto Null an. Da die Stadt Bern bis 2035 wahrscheinlich nicht 1 Tonne CO<sub>2</sub> eq mit Senken kompensieren kann, sollen auch die Absenkpfade, welche Bruttoemissionen behandeln, auf 2035 angepasst werden.

	c. bis 2035 <b>2028</b> : 0.17 Tonnen d. bis 2041 <b>2030</b> : 0.10 Tonnen	
<sup>2</sup> <b>Die territorialen Treibhausgasemissionen des Sektors Wärme, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt:</b> a. <b>bis 2025: 1.77 Tonnen</b> b. <b>bis 2031: 1.04 Tonnen</b> c. <b>bis 2035: 0.56 Tonnen</b> d. <b>bis 2041: 0.34 Tonnen</b>	<b>GB/JAI<sup>15</sup>:</b> <sup>2</sup> Die territorialen Treibhausgasemissionen des Sektors Wärme, [...] 0.34 Tonnen <b>Die Kühlung ist in den Sektor Wärme einzubeziehen.</b>	<u>Ablehnen</u> Die Kühlung erfolgt in erster Linie strombasiert. Der Stromverbrauch für die Kühlung kann nicht separat ausgewiesen und daher auch nicht ins Controlling aufgenommen werden.
	<b>SVP:</b> <del><sup>2</sup> Die territorialen Treibhausgasemissionen des Sektors Wärme, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt: a. <del>bis 2025: 1.77 Tonnen</del> b. <del>bis 2031: 1.04 Tonnen</del> c. <del>bis 2035: 0.56 Tonnen</del> d. <del>bis 2041: 0.34 Tonnen</del></del>	<u>Ablehnen</u> Der Sektor Wärme verursacht einen grossen Teil der CO <sub>2</sub> -Emissionen. Für diesen Sektor keinen Absenkpfad zu definieren unterläuft das Ziel der Senkung der CO <sub>2</sub> -Emissionen.
<sup>3</sup> <b>Die territorialen Treibhausgasemissionen des Sektors Mobilität, gemessen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Kopf der Bevölkerung, werden wie folgt abgesenkt:</b> a. <b>bis 2025: 0.54 Tonnen</b> b. <b>bis 2031: 0.32 Tonnen</b> c. <b>bis 2035: 0.17 Tonnen</b> d. <b>bis 2041: 0.10 Tonnen</b>		

<sup>15</sup> **Begründung:** Es ist davon auszugehen, dass in Zukunft die Kühlung (für Gebäude, Serverräume, etc) an Wichtigkeit zunimmt. Dementsprechend ist die Reduktion der durch Kühlung verursachten Emissionen, sowie eine grosse Energieeffizienz notwendig. Der Vollständigkeit halber soll deshalb Kühlung im Sektor Wärme miteingerechnet werden.

<p><b><sup>4</sup> Spätestens ab 2045 sollen auf dem ganzen Stadtgebiet weniger Treibhausgase freigesetzt werden, als hier gebunden werden können.</b></p>	<p><b>FSU<sup>16</sup>:</b>  <sup>4</sup> Spätestens ab 2045 sollen auf dem ganzen Stadtgebiet weniger Treibhausgase freigesetzt werden, als hier gebunden werden können. <b>Es wird angestrebt, dass dieses Ziel bereits 2035 erreicht wird, insbesondere, wenn sich das regulatorische und das technologische Umfeld, das ausserhalb des Einflussbereichs der Stadt liegt, günstig entwickelt.</b></p>	<p><u>Annehmen</u></p>
	<p><b>GB/JA!<sup>17</sup>:</b>  <sup>4</sup> Spätestens ab <del>2045</del> <b>2030</b> sollen auf dem ganzen Stadtgebiet weniger Treibhausgase freigesetzt werden, als hier gebunden werden können.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  2045 als Zeitpunkt für die Erreichung des Netto-Null-Ziels ist bereits sehr ambitioniert. Alle Strategien der involvierten Partner sind auf diesen Zeitpunkt ausgerichtet. Wird dieser Zeitpunkt nach vorne geschoben, müssen sämtliche Strategien neu erarbeitet werden. Dies bindet personelle und finanzielle Ressourcen, die für die Umsetzung benötigt werden. Zudem ist die Planungssicherheit nicht mehr gegeben.</p>
	<p><b>Eventualantrag GB/JA!<sup>18</sup>:</b>  <sup>4</sup> Spätestens ab <del>2045</del> <b>2035</b> sollen auf dem ganzen Stadtgebiet weniger Treibhausgase freigesetzt werden, als hier gebunden werden können.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  2045 ist bereits sehr ambitioniert und alle Strategien der involvierten Partner sind auf diesen Zeitpunkt ausgerichtet. Wird dieser Zeitpunkt nach vorne geschoben, müssen sämtliche Strategien neu erarbeitet werden. Dies bindet personelle und finanzielle Ressourcen, die für die Umsetzung benötigt werden. Zudem ist die Planungssicherheit nicht mehr gegeben.</p>

- <sup>16</sup> **Begründung:** Aufgrund der deutlichen Resultate bei mehreren Volksabstimmungen ist zu vermuten, dass die Stadtbevölkerung auch einen viel früheren Zeitpunkt zur Erreichung des Netto-Null-Ziels mittragen würde. Um zu vermeiden, dass jetzt eine Diskussion über entfernt liegende Ziele aufkommt und damit die aufgelegten Massnahmen mit den Akteuren neu verhandelt werden müssen (was sich gerade auch im Hinblick auf die tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen letztlich kontraproduktiv auswirken dürfte), soll wenigstens dieses grundsätzliche Bekenntnis zum Jahr 2035 aufgenommen werden.
- <sup>17</sup> **Begründung:** Siehe Begründung Antrag betreffend Art. 1 Abs. 2 von GB/JA!.
- <sup>18</sup> **Begründung:** Der Art. 1 Abs. 2 vom Gemeinderat fordert, dass die Ziele des Klimaübereinkommens von Paris bis 2035 erreicht werden. Die Ziele des Übereinkommens streben Netto Null an. Dementsprechend muss auch Art. 2 Abs. 4 angepasst werden.

	<b>GB/JA!<sup>19</sup>:</b> <sup>5</sup> <i>Die Absenkpfade sind regelmässig zu evaluieren und falls nötig den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen.</i>	<u>Ablehnen</u> Werden die Absenkpfade immer wieder angepasst, ist die Planungssicherheit nicht mehr gegeben.
	<b>AL:</b> <sup>5</sup> <i>Die Gesamtheit der (grauen) Emissionen, die von den Berner*innen ausserhalb des Stadtgebiets verursacht werden, müssen mangels anderer Beeinflussbarkeit ab 2030 vollständig mit Kompensationszertifikaten ausgeglichen werden.</i>	<u>Ablehnen</u> Diese Emissionen können nur abgeschätzt werden. Wenn die Einwohnerinnen und Einwohner die Zertifikate finanzieren müssen, ist dies gleichbedeutend mit einer Steuer. Dafür besteht keine rechtliche Grundlage. Wenn die öffentliche Hand die Zertifikate finanziert, setzt dies falsche Anreize. Es kann nicht sein, dass mit dem Kauf von Zertifikaten vermeidbare Emissionen kompensiert werden.
<b>Art. 3 Interessenabwägung</b> <sup>1</sup> <i>Bei der Umsetzung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen ist auf die weiteren Anliegen des Umweltschutzes sowie auf die Interessen der Gesellschaft und Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.</i> <sup>2</sup> <i>Bei Gleichwertigkeit der tangierten öffentlichen Interessen haben die Klimaschutzmassnahmen Vorrang.</i>	<b>GB/JA!<sup>20</sup>:</b> Art 3 Abs. 1 <sup>1</sup> Bei der Umsetzung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen ist auf die weiteren Anliegen des Umweltschutzes, <b>der Biodiversität</b> sowie auf [...]	<u>Annehmen</u>

<sup>19</sup> **Begründung:** Die Ziele des Klimaübereinkommens in Paris basieren auf dem aktuellen Kenntnisstand der Wissenschaft. Der neuste Bericht des IPCC hat jedoch gezeigt, dass die Grenze von 1.5° Erwärmung bereits früher überschritten werden könnte als bisher angenommen. Die Absenkpfade müssen deshalb bei Neuveröffentlichungen von IPCC- und nationalen Berichten neu evaluiert und falls nötig angepasst werden.

<sup>20</sup> **Begründung:** Die Klimakrise wird begleitet von einer Krise der Biodiversität. Nicht jede Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahme dient auch der Biodiversität. Damit die Massnahmen nicht auf Kosten der Biodiversität umgesetzt werden, muss diese hier explizit genannt werden.

	<p><b>GB/JA!<sup>21</sup>:</b>  Art 3 Abs. 1  [...] <del>sowie und</del> , auf die Interessen der Gesellschaft und <b>soweit möglich die</b> Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  Diese Ergänzung ist nicht notwendig. Mit Art. 3 Abs. 2 wird gesagt, dass bei Gleichwertigkeit der Interessen die Klimaschutzmassnahmen Vorrang haben.</p>
	<p><b>GB/JA!<sup>22</sup>:</b>  Art 3 Abs. 1  [...] Wirtschaft Rücksicht zu nehmen. <b>Als Massstab gilt dabei die suffiziente Gesellschaft, welche die Lebensqualität fördert, aber auf die Anhäufung materieller Güter verzichtet.</b></p>	<p><u>Annehmen</u></p>
	<p><b>SP/JUSO<sup>23</sup>:</b>  <sup>2</sup> Bei Gleichwertigkeit der tangierten öffentlichen Interessen haben die Klimaschutzmassnahmen Vorrang. <b>Dies gilt auch für den Denkmalschutz.</b></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Mit der Interessenabwägung in Art. 3 wird gewährleistet, dass die Klimaschutzmassnahmen bei der Gleichwertigkeit der tangierten öffentlichen Interessen Vorrang haben. Zudem ist es nicht klar, ob der Vorrang für die Denkmalpflege oder den Klimaschutz gilt.</p>
	<p><b>SVP:</b>  Art. 3 Interessenabwägung  <del>† Bei der Umsetzung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen ist auf die weiteren Anliegen des Umweltschutzes sowie auf die Interessen der Gesellschaft und Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.</del></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Der Gemeinderat hält das geltende Recht ein.</p>

<sup>21</sup> **Begründung:** Dieser Artikel wurde nach der Vernehmlassung abgeschwächt, so dass der Wirtschaft nun mehr Priorität eingeräumt wird. Das ist nicht im Sinne des Klimaschutzes. Wir fordern eine Priorisierung wie sie in der ursprünglichen Version des Reglements vorgesehen war.

<sup>22</sup> **Begründung:** Die Berücksichtigung der Wirtschaft soll nicht heissen, dass endloses wirtschaftliches Wachstum dem Klimaschutz gleichgestellt wird. Stattdessen soll das Ziel eine suffiziente Gesellschaft sein, in der die Lebensqualität gefördert wird und nicht eine Anhäufung von materiellen Gütern als oberstes Ziel gilt.

<sup>23</sup> **Begründung:** Insbesondere bei Klimaanpassungsmassnahmen, wie bspw. der Entsiegelung von Flächen, muss eine sorgfältige Interessensabwägung zwischen Klima- und Denkmalschutz vorgenommen werden.

	<del><sup>2</sup> Bei Gleichwertigkeit der tangierten öffentlichen Interessen haben die Klimaschutzmassnahmen Vorrang.</del> <b>Das übergeordnete Recht sowie die verfassungsmässig garantierten Rechte diesen Bestimmungen vor</b>	
	<b>Eventualantrag SVP:</b> Art. 3 Interessenabwägung <del><sup>1</sup> Bei der Umsetzung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen ist auf die weiteren Anliegen des Umweltschutzes sowie auf die Interessen der Gesellschaft und Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.</del> <del><sup>2</sup> Bei Gleichwertigkeit der tangierten öffentlichen Interessen haben die Klimaschutzmassnahmen Vorrang.</del> <b>Die verfassungsmässig garantierten Rechte (Eigentum/Verfassungsgarantie) gehen vor.</b>	<u>Ablehnen</u> Wenn eine gesetzliche Grundlage und ein überwiegendes öffentliches Interesse vorliegen und die Verhältnismässigkeit gewahrt wird, können auch die Eigentumsgarantie und die Wirtschaftsfreiheit eingeschränkt werden.
	<b>SVP:</b> <sup>4</sup> <b>Die verfassungsmässig geschützten Rechte, wie Eigentumsgarantie und Wirtschaftsfreiheit (Handels- und Gewerbefreiheit) genießen in jedem Fall Vorrang.</b>	<u>Ablehnen</u> Wenn eine gesetzliche Grundlage und ein überwiegendes öffentliches Interesse vorliegen und die Verhältnismässigkeit gewahrt wird, können auch die Eigentumsgarantie und die Wirtschaftsfreiheit eingeschränkt werden.
	<b>SVP:</b> <b>Art. 3bis</b> <b>Das Viererfeld/Mittelfeld werden aus Gründen des Klimaschutzes nicht überbaut.</b>  <b>SVP:</b> <b>Art. 3bis</b> <b>Das Gaswerkareal wird aus Gründen des Klimaschutzes nicht überbaut.</b>  <b>SVP:</b>	<u>Ablehnen</u> Diese Anträge betreffen Bereiche, welche nicht im Klimareglement geregelt werden können.

	<p><b>Art. 3bis</b> <i>Die Bäume an der Viktoriastrasse werden aus Gründen des Klimaschutzes nicht gefällt.</i></p> <p><b>SVP:</b> <b>Art. 3bis</b> <i>Die Bäume an der Schlosstrasse werden aus Gründen des Klimaschutzes nicht gefällt.</i></p>	
<b>Art. 4 Umsetzung Energie- und Klimastrategie</b>	<b>GFL/EVP<sup>24</sup>:</b> Art. 4 Umsetzung Energie- und Klimastrategie	Die Anpassung des Titels ist für den Gemeinderat möglich, er bleibt aber bei der bestehenden Formulierung.
<sup>1</sup> <b>Zur Erreichung der Ziele des Artikels 2 ist vorab die Energie- und Klimastrategie des Gemeinderats umzusetzen.</b>	<b>GFL/EVP<sup>25</sup>:</b> <sup>1</sup> <b>Der Gemeinderat erarbeitet eine Energie- und Klimastrategie. Sie enthält geeignete Massnahmen zur Erreichung der Ziele des vorliegenden Reglements.</b> [ <i>Bisherige Formulierung streichen</i> ].	<u>Ablehnen (aber priorisiert gegenüber FSU<sup>26</sup> und FDP/JF, Die Mitte<sup>27</sup>).</u> Die Anträge 25-27 gehören zusammen. Der Gemeinderat bleibt bei seiner Formulierung, da sie aus seiner Sicht am präzisesten ist und den Schwerpunkt auf die Umsetzung der Massnahmen legt. Falls eine Anpassung von Art. 4 Abs. 1 erfolgt, bevorzugt der Gemeinderat den Antrag GFL/EVP <sup>25</sup> .
	<b>SVP:</b> Art. 4 <sup>1</sup> [ <i>Absatz streichen</i> ] <sup>2</sup> [ <i>Absatz streichen</i> ] <sup>3</sup> Die Stadt kann zur Zielerreichung insbesondere folgende Instrumente einsetzen: a. <del>Entwicklungs- und Raumplanung;</del> b. <del>Verkehrsplanung;</del> c. <del>Gestaltung des öffentlichen Raums;</del>	<u>Ablehnen</u> Um die Ziele des Art. 2 zu erreichen, genügt ein einzelnes Instrument nicht. Es braucht die Umsetzung sämtlicher Instrumente, damit der Absenkpfad eingehalten werden kann.

<sup>24</sup> **Begründung:** Im Titel ist das Wort "Umsetzung" zu streichen. (neu: "Energie- und Klimastrategie"). Es geht nicht nur um die Umsetzung, sondern auch um die rechtliche Grundlage der Energie- und Klimastrategie.

<sup>25</sup> **Begründung:** Das Klimareglement soll explizit die Grundlage der künftigen Energie- und Klimastrategie sein, und der Gemeinderat soll einen Auftrag zu deren Erarbeitung erhalten. Die Massnahmen zur Umsetzung der Strategie sollen auf die Ziele des gesamten Klimareglements (nicht nur auf Artikel 2) abgestimmt sein und sollen daher einen Teil der Energie- und Klimastrategie bilden.

	<p>d. <del>Finanzhilfen, Lenkungs- und Förderabgaben;</del></p> <p>e. <del>Bewirtschaftung des städtischen Finanz- und Verwaltungsvermögens;</del></p> <p>f. Eignerstrategien oder Einflussnahme in Aufsichtsgremien bei ihren öffentlich-rechtlichen Anstalten (ewb, BERNMOBIL, PVK);</p> <p>g. <del>Auflagen und Bedingungen bei der Erteilung von Bewilligungen, bei Gebührenbefreiungen, bei der Gewährung von Subventionen und bei der öffentlichen Auftragsvergabe (Beschaffung);</del></p> <p>h. <del>Entwicklung von Rahmenbedingungen für einen klimafreundlichen Wirtschaftsstandort Bern;</del></p> <p>i. <del>Schaffung von Anreizen zum klimaschonenden Konsum bzw. zur Konsumreduktion;</del></p> <p>j. <del>Unterstützung von Pilotprojekten;</del></p> <p>k. <del>Informationsplattformen, Beratungsangebote, Umweltbildung;</del></p> <p>l. <del>Wahrnehmung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand.</del></p>	
	<p><b>FSU<sup>26</sup>:</b></p> <p><del><sup>1</sup> Zur Erreichung der Ziele des Artikels 2 ist vorab die Energie- und Klimastrategie des Gemeinderats umzusetzen. <b>Die Energie- und Klimastrategie des Gemeinderats enthält geeignete Massnahmen zur Erreichung der Ziele des vorliegenden Reglements.</b></del></p>	<p><u>Ablehnen</u></p> <p>Die Anträge 25-27 gehören zusammen. Der Gemeinderat bleibt bei seiner Formulierung, da sie aus seiner Sicht am präzisesten ist und den Schwerpunkt auf die Umsetzung der Massnahmen legt.</p>

<sup>26</sup> **Begründung:** Die Verknüpfung von Klimareglement und Energie- und Klimastrategie ist mit der aktuellen Formulierung unklar: das übergeordnete Reglement des Stadtrats würde so auf einem Bericht des Gemeinderats basieren, was sowohl systematisch wie auch bezüglich Transparenz und Verständlichkeit nicht sinnvoll ist. Die Massnahmen zur Strategie müssen auf dem Klimareglement basieren. Die Massnahmen sind auf die Ziele des gesamten Reglements, nicht nur gemäss Artikel 2 abzustimmen.

		Falls eine Anpassung von Art. 4 Abs. 1 erfolgt, bevorzugt der Gemeinderat den Antrag GFL/EVP <sup>25</sup> .
	<b>FDP/JF, Die Mitte<sup>27</sup>:</b> <sup>1</sup> Zur Erreichung der Ziele des Artikels 2 <del>ist vorab die Energie- und Klimastrategie des Gemeinderats umzusetzen</del> <b>erarbeitet der Gemeinderat eine Energie- und Klimastrategie.</b>	<u>Ablehnen</u> Die Anträge 25-27 gehören zusammen. Der Gemeinderat bleibt bei seiner Formulierung, da sie aus seiner Sicht am präzisesten ist und den Schwerpunkt auf die Umsetzung der Massnahmen legt. Falls eine Anpassung von Art. 4 Abs. 1 erfolgt, bevorzugt der Gemeinderat den Antrag GFL/EVP <sup>25</sup> .
<sup>2</sup> <b>Mit der Energie- und Klimastrategie sollen auf dem Stadtgebiet insbesondere folgende Ziele erreicht werden:</b> <b>a. kontinuierliche Reduktion des Wärmeverbrauchs;</b> <b>b. Erhöhung der Energieeffizienz beim Wärme- und Stromverbrauch sowie bei der Mobilität;</b> <b>c. deutliche Steigerung des Anteils an erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch;</b> <b>d. Reduktion des Verbrauchs fossiler Treibstoffe;</b> <b>e. Treffen von Massnahmen zur Klimaanpassung;</b> <b>f. Reduktion der grauen Emissionen.</b>	<b>FSU<sup>28</sup>:</b> Art 4. Abs. 2e: e. Treffen von Massnahmen zur Klimaanpassung, <b>um die hohe Lebensqualität in der Stadt Bern beizubehalten;</b>	<u>Ablehnen</u> Der Gemeinderat erachtet den Mehrwert dieser Formulierung als nicht gegeben.

<sup>27</sup> **Begründung:** Das Klimareglement soll Grundlage für die Bestrebungen der Stadt Bern sein, damit sie die Ziele des Klimaübereinkommens erreicht. Deshalb muss das Klimareglement auch Grundlage für die entsprechende Strategie des Gemeinderats sein.

<sup>28</sup> **Begründung:** In heissen Sommern sterben immer mehr (vor allem ältere und kranke) Menschen wegen der steigenden Temperaturen. Ein Vermerk auf die Lebensqualität verschärft deshalb den Artikel sinnvoll und gibt dem Ziel eine konkretere Ausrichtung.

	<p><b>GB/JA!<sup>29</sup>:</b>  Art 4 Abs. 2  <sup>2</sup> Mit der Energie- und Klimastrategie sollen auf dem Stadtgebiet insbesondere folgende Ziele erreicht werden:  [...]  f. Reduktion der grauen Emissionen-;  <b>g. Fördern einer nachhaltigen Ernährung.</b></p>	<p><u>Annehmen</u></p>
	<p><b>Eventualantrag zu Antrag SVP Art. 4 Abs. 1, 2 und 3:</b>  Art. 4  <sup>2</sup> Mit der Energie- und Klimastrategie sollen auf dem Stadtgebiet insbesondere folgende Ziele erreicht werden:  a. kontinuierliche Reduktion des Wärmeverbrauchs;  b. <del>Erhöhung der Energieeffizienz beim Wärme- und Stromverbrauch sowie bei der Mobilität;</del>  c. deutliche Steigerung des Anteils an erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch;  d. Reduktion des Verbrauchs fossiler Treibstoffe;  e. Treffen von Massnahmen zur Klimaanpassung;  f. Reduktion der grauen Emissionen.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  Der Gemeinderat erachtet es als einen grossen Fehler, wenn die Erhöhung der Effizienz gestrichen werden soll.  Das Streichen der angestrebten Ziele macht zudem die Einhaltung des Absenkpfeils nicht hinfällig. Werden einzelne Ziele gestrichen und damit in diesem Bereich keine Massnahmen mehr umgesetzt, wird die Erreichung des Gesamtziels noch anspruchsvoller.</p>

<sup>29</sup> **Begründung:** Ein wesentlicher Teil von Treibhausgasemissionen wird aktuell durch die Produktion und Transport von Nahrungsmitteln im In- und Ausland verursacht.

<p><sup>3</sup> <b>Die Stadt kann zur Zielerreichung insbesondere folgende Instrumente einsetzen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. <b>Entwicklungs- und Raumplanung;</b></li> <li>b. <b>Verkehrsplanung;</b></li> <li>c. <b>Gestaltung des öffentlichen Raums;</b></li> <li>d. <b>Finanzhilfen, Lenkungs- und Förderabgaben;</b></li> <li>e. <b>Bewirtschaftung des städtischen Finanz- und Verwaltungsvermögens;</b></li> <li>f. <b>Eignerstrategien oder Einflussnahme in Aufsichtsgremien bei ihren öffentlich-rechtlichen Anstalten (ewb, BERNMOBIL, PVK);</b></li> <li>g. <b>Auflagen und Bedingungen bei der Erteilung von Bewilligungen, bei Gebührenbefreiungen, bei der Gewährung von Subventionen und bei der öffentlichen Auftragsvergabe (Beschaffung);</b></li> <li>h. <b>Entwicklung von Rahmenbedingungen für einen klimafreundlichen Wirtschaftsstandort Bern;</b></li> <li>i. <b>Schaffung von Anreizen zum klimaschonenden Konsum bzw. zur Konsumreduktion;</b></li> <li>j. <b>Unterstützung von Pilotprojekten;</b></li> <li>k. <b>Informationsplattformen, Beratungsangebote, Umweltbildung;</b></li> <li>l. <b>Wahrnehmung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand.</b></li> </ul>	<p><b>SP/JUSO<sup>30</sup>:</b>  Art. 4 Abs. 3 Bst. h.  h. Entwicklung von Rahmenbedingungen für einen klimafreundlichen Wirtschaftsstandort Bern <b>zur Realisierung der Kreislaufwirtschaft.</b></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Die Thematik der Kreislaufwirtschaft ist bereits in den Anträgen FSU<sup>8</sup> und SP/JUSO<sup>9</sup> enthalten, bei denen der Gemeinderat den Antrag auf Annahme stellt.</p>
--	--	--

<sup>30</sup> **Begründung:** Bei der Zielerreichung muss die Kreislaufwirtschaft explizit erwähnt werden, um die Dimension des nachhaltigen Ressourcenverbrauchs mit konkreten Klimamassnahmen zusammenzudenken. Denn nur eine Transformation hin zu geschlossenen Kreisläufen in der Produktion und im Konsum leistet (mittels Recyclings, Upcyclings etc.) einen massgeblichen Beitrag zur Dekarbonisierung und zur Erreichung der Klimaziele.

	<p><b>GB/JA!<sup>31</sup>:</b>  Art. 4 Abs. 4  <sup>4</sup> <b>Die Stadt führt ein jährliches Klimabudget ein.</b></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Das Klimabudget ist mit dem Absenkpfad abgedeckt. Es generiert keinen Mehrwert, wenn die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen mittels zweier Zielvorgaben umgesetzt werden.  Die territorialen CO<sub>2</sub>-Emissionen sind im Absenkpfad des Klimareglements enthalten und werden mit dem Controllingbericht der Energie- und Klimastrategie überprüft. Das zusätzliche Monitoring eines Klimabudgets schafft keinen Mehrwert.</p>
<p><b>Art. 5 Verminderung der grauen Emissionen</b>  <b>Die Stadt sorgt dafür, dass sie Güter für den eigenen Bedarf beschafft, bei deren Herstellung, Transport, Lagerung und Entsorgung möglichst wenig Treibhausgase emittiert werden.</b></p>	<p><b>FSU<sup>32</sup>:</b>  Die Stadt sorgt dafür, dass sie Güter für den eigenen Bedarf beschafft, bei deren Herstellung, Transport, Lagerung und Entsorgung möglichst wenig Treibhausgase emittiert werden. <b>Gleiches fordert sie auch von allen Partner*innen, mit denen sie einen Leistungsvertrag abschliesst.</b></p>	<p><u>Annehmen</u>  Die Anträge FSU<sup>32</sup> und GB/JA!<sup>34</sup> gehören zusammen. Der Gemeinderat anerkennt die Ausweitung der Formulierung und priorisiert diese gegenüber dem Antrag GB/JA!<sup>34</sup>, da bei diesem Antrag die Formulierung « (...) oder über welche die Stadt auf eine anderweitige Art Einfluss hat.» unklar ist.  Bereits mit der Massnahme 8h (Strategie von städtisch subventionierten Betrieben zum CO<sub>2</sub>-armen Betrieb) der bestehenden Energie- und Klimastrategie wird diesem Anliegen Rechnung getragen.</p>

<sup>31</sup> **Begründung:** Das CO<sub>2</sub>eq-Budget ist ein Planungsinstrument, mit dem die Menge an freigesetzten Treibhausgasen pro Sektor bereits im Voraus definiert werden kann. Dies ist notwendig, um den Absenkpfad einhalten zu können. Es reicht nicht, im Nachhinein zu überprüfen, wie viel CO<sub>2</sub>eq in der Stadt emittiert wurden. Analog zu einem Finanzbudget soll die Stadt ein Klimabudget führen, mit dem für das kommende Jahr definiert wird, in welchen Sektoren wie viel CO<sub>2</sub>eq emittiert wird und welche Massnahmen zu einer Reduktion der Emissionen führen. Analog zum Absenkpfad wird die verfügbare Menge an Emissionen jährlich kleiner. Ohne ein Emissionsbudget ist es nicht möglich, die Summe aller Vorlagen auf ihre Klimaverträglichkeit zu prüfen oder Geschäfte zu priorisieren. Die "Vereinbarkeit mit den Zielen des vorliegenden Reglements" kann nicht für ein einzelnes Geschäft beurteilt werden, ohne alle anderen Geschäfte miteinzubeziehen. Der Stadtrat hat einem Klimabudget am 20.5.21 bereits als Postulat zugestimmt.

<sup>32</sup> **Begründung:** Die Vermeidung von grauen Emissionen ist zentral bei der Erreichung der Klimaziele. Es ist essenziell, dass Emissionen nicht einfach an andere Orte verlagert und dann in Form von grauer Energie in die Stadt importiert werden. Deshalb muss der Artikel ergänzt werden.

	<p><b>SP/JUSO<sup>33</sup>:</b>  Verminderung der grauen Emissionen <b>und dem grauen Energieverbrauch.</b>  Die Stadt sorgt dafür, dass sie Güter für den eigenen Bedarf beschafft, bei deren Herstellung, Transport, Lagerung und Entsorgung möglichst wenig Treibhausgase emittiert werden <b>und der Energieverbrauch minimal gehalten wird.</b></p>	<p><u>Annehmen</u>  Die Aufnahme des grauen Energieverbrauchs ist eine gute Präzisierung, aus Sicht des Gemeinderats korrelieren die graue Energie und die grauen Emissionen jedoch stark.</p>
	<p><b>GB/JA!<sup>34</sup>:</b>  Art 5 Abs 1  <sup>1</sup> Die Stadt sorgt dafür, dass sie Güter für den eigenen Bedarf beschafft, bei deren Herstellung, Transport, Lagerung und Entsorgung möglichst wenig Treibhausgase emittiert werden. <b>Gleiches fordert sie auch von allen Partner*innen, mit denen sie einen Leistungsvertrag abschliesst, die eine Gebührenbefreiung der Stadt erhalten oder über welche die Stadt auf eine anderweitige Art Einfluss hat.</b></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Die Anträge FSU<sup>32</sup> und GB/JA!<sup>34</sup> gehören zusammen. Der Gemeinderat anerkennt die Erweiterung der Formulierung, er priorisiert jedoch den Antrag FSU<sup>32</sup>.</p>
	<p><b>GB/JA!<sup>35</sup>:</b>  Art 5 Abs 2  <sup>2</sup> <b>Zur Reduktion der grauen Emissionen entwickelt der Gemeinderat eine Kreislaufwirtschaftsstrategie und legt sie dem Stadtrat zur Genehmigung vor.</b></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Die Thematik der Kreislaufwirtschaft ist bereits in den Anträgen FSU<sup>8</sup> und SP/JUSO<sup>9</sup> enthalten, bei denen der Gemeinderat den Antrag auf Annahme stellt.</p>

<sup>33</sup> **Begründung:** Ein nachhaltiges Management entlang der Wertschöpfungskette für Produktion und Konsum von Gütern und Dienstleistungen muss den Energieverbrauch vollumfänglich miteinbeziehen. Nachhaltige Transformation setzt die Optimierung der Ressourcen inkl. Energie entlang der gesamten Wertschöpfungskette voraus.

<sup>34</sup> **Begründung:** Im Unterschied zum FSU-Antrag 5. Abs 1 verlangt dieser Antrag, dass die Stadt Bern auch Partner\*innen, die von einer Gebührenbefreiung etc. profitieren, zu einer nachhaltigen Beschaffung auffordert.

<sup>35</sup> **Begründung:** Eine Kreislaufwirtschaftsstrategie soll dazu führen, dass die Ressourcen geschont werden und weniger graue Emissionen verursacht werden.

	<p><b>GB/JA!</b><sup>36</sup>: Art. 5 Abs. 3: <sup>3</sup> <b>Die Stadt Bern erstellt alle zwei Jahre nach bestverfügbarer Methode eine Schätzrechnung der grauen Emissionen, die durch Wirtschaft und Haushalte der Stadt (Bauwesen, Konsum von Gütern, Ernährung etc.) verursacht werden. Sie verwendet Erkenntnisse daraus für Massnahmenentwicklung in der Energie- und Klimastrategie und der Kreislaufwirtschaftsstrategie.</b></p>	<p><u>Ablehnen</u> Zu den grauen Emissionen werden gesamtschweizerische Schätzungen gemacht. Es bringt keinen Mehrwert, wenn die Stadt finanzielle und personelle Ressourcen bindet, um eigene Abschätzungen zu machen.</p>
	<p><b>Eventualantrag GB/JA!</b><sup>37</sup>: Art. 5 Abs. 3 <sup>3</sup> <b>Die Stadt Bern erstellt alle sechs Jahre nach bestverfügbarer Methode eine Schätzrechnung der grauen Emissionen, die durch Wirtschaft und Haushalte der Stadt (Bauwesen, Konsum von Gütern, Ernährung etc.) verursacht werden. Sie verwendet Erkenntnisse daraus für Massnahmenentwicklung in der Energie- und Klimastrategie und der Kreislaufwirtschaftsstrategie.</b></p>	<p><u>Ablehnen</u> Zu den grauen Emissionen werden gesamtschweizerische Schätzungen gemacht. Es bringt keinen Mehrwert, wenn die Stadt finanzielle und personelle Ressourcen bindet, um eigene Abschätzungen zu machen.</p>
	<p><b>GB/JA!</b><sup>38</sup>: Art. 5 Abs. 4 <sup>4</sup> <b>Beim Abwägen von Varianten von Umbauten, Renovationen und Neubauten von städtischen Gebäuden nimmt die Vermeidung von grauen Emissionen einen hohen Stellenwert ein.</b></p>	<p><u>Annehmen</u></p>

<sup>36</sup> **Begründung:** Zu den von der Berner Stadtbevölkerung verursachten grauen Emissionen ist bisher nur wenig bekannt. Damit sichergestellt ist, dass die Klimaschutzmassnahmen nicht zu einer Verlagerung der Emissionen führen, müssen diese regelmässig erhoben bzw. abgeschätzt werden.

<sup>37</sup> **Begründung:** Siehe Begründung 1 zu Abs. 3.

<sup>38</sup> **Begründung:** Umbauten, Renovationen und Neubauten sollen möglichst klimaneutral erfolgen. Nebst den bisherigen Kriterien sind deshalb auch die grauen Emissionen stark zu gewichten.

	<b>GB/JA!<sup>39</sup>:</b> Art. 5 Abs. 5 <i><b><sup>5</sup> Der Gemeinderat schafft Anreize damit Privatpersonen und Unternehmen ihre grauen Emissionen vermindern.</b></i>	<u>Annehmen</u>
	<b>FSU<sup>40</sup>:</b> <b>Art. 5<sup>bis</sup> Klimaverträgliche Finanzanlagen</b> <i><b><sup>1</sup> Die Stadt legt ihre Finanzanlagen klimaverträglich an und überprüft ihre Investitionsentscheide mit dem 1.5-Grad-Ziel des Klimaübereinkommens von Paris.</b></i> <i><b><sup>2</sup> Sie setzt sich dafür ein, dass die städtische Personalvorsorgekasse gezielte Schritte zur kontinuierlichen Dekarbonisierung ihres Wertschriftenportfolios unternimmt und die Klimaverträglichkeit ihres Anlageportfolios jährlich misst und veröffentlicht.</b></i>	<u>Annehmen</u> Die Anträge FSU <sup>40</sup> und GB/JA! <sup>41</sup> gehören zusammen. Der Gemeinderat empfiehlt, den Antrag FSU <sup>40</sup> anzunehmen, da der Antrag GB/JA! <sup>41</sup> mit der in Art. 5 <sup>bis</sup> Abs. 2 enthaltenen Formulierung «Sie stellt sicher (...)» nicht umsetzbar ist. Der PVK sind nebst der Stadt noch 10 weitere Organisationen angeschlossen.
	<b>GB/JA!<sup>41</sup>:</b> Art. 5bis Abs. 1 <b>Art. 5<sup>bis</sup> Klimaverträgliche Finanzanlagen</b> <i><b><sup>1</sup> Die Stadt legt ihre Finanzanlagen klimaverträglich an und überprüft ihre Investitionsentscheide und Kreditvergaben auf ihre Konformität mit dem 1.5-Grad-Ziel des Klimaübereinkommens von Paris.</b></i>	

<sup>39</sup> **Begründung:** Viele graue Emissionen der Bevölkerung können nicht direkt von der Stadt beschränkt werden. Die Stadt soll deshalb Anreize setzen, damit Privatpersonen und Unternehmen klimaneutral handeln.

<sup>40</sup> **Begründung:** Nicht nur die Stadt inkl. ihren selbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen (insbesondere ewb und BernMobil), sondern auch die PVK hat mit ihren Finanzanlagen von rund 2500 Mio. Franken einen sehr grossen Einfluss auf indirekt verursachte Emissionen. Sie muss ihrer Verantwortung nachkommen, etwa indem sie Massnahmen gemäss dem interfraktionellen Postulat «Klimastrategie für die Personalvorsorgekasse» (2018.SR.000074) umsetzt.

<sup>41</sup> **Begründung:** Im Unterschied zum FSU-Antrag Art. 5bis Abs 1 verlangt dieser Antrag, dass die Stadt auch ihre Kredite klimaverträglich vergibt. Zusätzlich soll die Stadt Bern sicherstellen, dass die Personalvorsorgekasse ihr Wertschriftenportfolio klimaneutral anlegt.

	<p><sup>2</sup> <b>Sie stellt sicher, dass die städtische Personalvorsorgekasse gezielte Schritte zur kontinuierlichen Dekarbonisierung ihres Wertchriftenportfolios unternimmt und die Klimaverträglichkeit ihres Anlageportfolios jährlich misst und veröffentlicht</b></p>	<p><u>Ablehnen</u> Die Formulierung «Sie stellt sicher (...)» ist nicht umsetzbar. Gemäss Artikel 51a BVG gehört die Festlegung der Ziele und Grundsätze der Vermögensverwaltung sowie die Durchführung und Überwachung des Anlageprozesses zu den unübertragbaren und unentziehbaren Aufgaben der Verwaltungskommission. Daraus ergibt sich, dass die Stadt der PVK von Gesetzes wegen keine Vorschriften zur Vermögensanlage machen kann. Zudem sind der PVK nebst der Stadt noch 10 weitere Organisationen angeschlossen. Deshalb priorisiert der Gemeinderat den Antrag FSU<sup>40</sup>.</p>
<p><b>Art. 6 Zusammenarbeit</b> <sup>1</sup> <b>Die Stadt arbeitet zur Erreichung der Ziele des Klimaübereinkommens von Paris und dieses Reglements mit dem Bund, dem Kanton und anderen Gemeinden, mit der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der Wirtschaft und internationalen Netzwerken zusammen.</b> <sup>2</sup> <b>Insbesondere unterstützt und verstärkt sie bestehende Massnahmen auf Bundes-, Kantons- und regionaler Ebene.</b></p>	<p><b>SPI/JUSO<sup>42</sup>:</b> <sup>3</sup> <b>Sie unterstützt die Aktivitäten der Zivilgesellschaft zur Entfaltung von Sharing Economy-Ansätzen und von sozialer Innovation.</b></p>	<p><u>Annehmen</u> Mit den in Absatz 1 erwähnten Akteuren ist die Zusammenarbeit bereits breit abgestützt. Der Gemeinderat erachtet daher den Mehrwert dieser Ergänzung nur als bedingt gegeben.</p>

<sup>42</sup> **Begründung:** Ohne die Aktivitäten und die Kreativität der Zivilgesellschaft in Form von zivilgesellschaftlichen Initiativen sind die Klimaziele und die Dekarbonisierung nicht zu erreichen. Demzufolge müssen zivilgesellschaftliche Akteure und ihre sozialen Innovationen (z.B. Sharing Economy-Aktivitäten) unterstützt werden.

<p><b>Art. 7 Entwicklungszusammenarbeit</b>  <sup>1</sup> Die Stadt setzt den gleichen Betrag, den sie für die Entwicklungszusammenarbeit gemäss Artikel 19 Absatz 2 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998<sup>43</sup> budgetiert, für Klimaschutz- oder Klimaanpassungsprojekte in Entwicklungsländern ein.  <sup>2</sup> Der Gemeinderat erarbeitet Richtlinien, nach denen Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte in Entwicklungsländern unterstützt werden.</p>	<p><b>GFL/EVP<sup>44</sup>:</b>          [bisheriger Art. 7 ersetzen durch:]  <b>Art. 7 Projekte im Rahmen der geografischen Klimagerechtigkeit»</b>  <sup>1</sup> Die Stadt setzt konkrete Projekte in Ländern um, welche besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen sind oder sie unterstützt solche Projekte. Die entsprechenden Ressourcen werden jährlich budgetiert und in die Aufgaben- und Finanzplanung aufgenommen.  <sup>2</sup> Der Gemeinderat erarbeitet Kriterien, nach denen Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte umgesetzt oder unterstützt werden.</p>	<p><u>Annehmen</u>          Der Gemeinderat kann die Begründung des Antrags gut nachvollziehen.</p>
	<p><b>FDP/JF<sup>45</sup>:</b>  <del>Art. 7 — Entwicklungszusammenarbeit</del>  <del><sup>1</sup> Die Stadt setzt den gleichen Betrag, den sie für die Entwicklungszusammenarbeit gemäss Artikel 19 Absatz 2 der Gemeindeordnung der Stadt</del></p>	<p><u>Ablehnen</u></p>

<sup>43</sup> SSSB 101.1

<sup>44</sup> **Begründung:** Im Gegensatz zum Antrag des Gemeinderats wünschen wir einen Artikel, der auf der Handlungsebene statt auf der Finanzierungsebene basiert. Zu 1: Angesichts der Dringlichkeit des weltweiten Klimaschutzes und der historischen Verantwortung, die die Industrienationen und auch die Stadt Bern für die heutige Notsituation tragen, ist die Unterstützung der ärmeren Länder, die am stärksten von den Klimaveränderungen betroffen sind, nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch im eigenen Interesse. Im Vergleich zur Stadt Bern haben bestimmte andere Lebensorte besonders schlechte Chancen, die Folgen der Klimaveränderungen tragen zu können, und sie sollen daher punktuell unterstützt werden (geografische Klimagerechtigkeit). Zu 2: Die Projekte sollen möglichst direkt umgesetzt bzw. unterstützt werden. Die Kriterien sollen niederschwellig sein und langfristige Zusammenarbeiten ermöglichen, die schliesslich zu einer erwiesenen Wirkung beitragen; sie dienen auch der Qualitätssicherung, damit die gesprochenen Mittel im Sinne der Klimagerechtigkeit eingesetzt werden.

<sup>45</sup> **Begründung:** Die Stadt Bern soll sich auf ihrem Stadtgebiet dafür einsetzen, dass die Ziele des Klimaübereinkommens erreicht werden. Weitergehende Entwicklungszusammenarbeit fällt in die Zuständigkeit des Kantons bzw. des Bundes. Im Übrigen unterstützt die Stadt Bern Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe mit jährlich CHF 180'000. Wennschon müssten diese Mittel für lokalen Klimaschutz eingesetzt werden, da der Effekt kontrolliert werden könnte und mit weniger Nebenkosten verbunden wäre. Allein der mit dem Einsatz der Mittel im Ausland einhergehende administrative Aufwand würde wohl einen Grossteil der CHF 180'000 effektiv beanspruchen.

	<i>Bern vom 3. Dezember 1998<sup>46</sup> budgetiert, für Klimaschutz- oder Klimaanpassungsprojekte in Entwicklungsländern ein. <sup>2</sup> Der Gemeinderat erarbeitet Richtlinien, nach denen Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte in Entwicklungsländern unterstützt werden</i>	
	<b>GB/JA!</b> <sup>47</sup> : <b>Art. 7 Abs. 1</b> <del>Die Stadt setzt den gleichen Betrag, den sie für die Entwicklungszusammenarbeit gemäss Artikel 19 Absatz 2 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 budgetiert, für Klimaschutz- oder Klimaanpassungsprojekte in Entwicklungsländern ein.</del> <b><sup>1</sup> Die Stadt Bern setzt jährlich mindestens 0,1 Prozent der budgetierten Gesamtausgaben der Stadt für Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte in Entwicklungsländern ein.</b>	<u>Ablehnen</u> Mit der Festlegung eines prozentualen Mindestbetrags der Gesamtausgaben wird in den Budgetierungsprozess eingegriffen, wodurch zwei sehr unterschiedliche Prozesse vermischt werden, was es zu vermeiden gilt.
<b>Art. 8 Prüfung städtischer Vorlagen auf Klimaverträglichkeit</b> <b>Sämtliche Vorlagen, die dem Stadtrat unterbreitet werden, müssen Ausführungen zu allfälligen Auswirkungen auf das Klima sowie zur Vereinbarkeit mit den Zielen dieses Reglements enthalten.</b>	<b>FSU</b> <sup>48</sup> : Art 8: Sämtliche Vorlagen, <del>die dem Stadtrat unterbreitet werden,</del> müssen Ausführungen zu allfälligen Auswirkungen auf das Klima sowie zur Vereinbarkeit mit den Zielen dieses Reglements enthalten.	<u>Annehmen</u>

<sup>46</sup> SSSB 101.1

<sup>47</sup> **Begründung:** Im Moment sind die Hauptverursacher\*innen der Klimakrise wenig bis gar nicht davon betroffen. Die am stärksten betroffenen Menschen tragen oft bedeutend weniger zur Klimakrise bei. Dementsprechend soll jährlich 0.1% des Budgets für Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte in Entwicklungsländern eingesetzt werden. Dieser Budgetposten darf keine anderen Klimaschutzmassnahmen ersetzen und muss zusätzlich zur bereits laufenden Entwicklungszusammenarbeit eingeführt werden.

<sup>48</sup> **Begründung:** Der Artikel soll auch für Vorlagen gelten, die in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegen. Auch wenn dies laut Erläuterungen nicht zwingend nötig ist, sollte es hier festgeschrieben werden. Wenn alle Geschäfte nach Klimaverträglichkeit (inkl. Emissionen ausserhalb des Stadtgebiets und graue Energie) untersucht werden, hilft dies, das Bewusstsein in der Verwaltung zu stärken.

<p><b>Art. 9 Controlling, Berichterstattung und Anpassung der Energie- und Klimastrategie</b>  <sup>1</sup> <b>Die Stadt erhebt jährlich die territorialen Treibhausgasemissionen der Stadtverwaltung und diejenigen im ganzen Stadtgebiet.</b></p>	<p><b>FSU<sup>49</sup>:</b>  Art. 9 Abs. 1  <sup>1</sup> Die Stadt erhebt jährlich die Treibhausgasemissionen der Stadtverwaltung und diejenigen im ganzen Stadtgebiet. <b>Sie ergänzt und verbessert kontinuierlich die dazu notwendigen statistischen Grundlagen..</b></p>	<p><u>Annehmen</u></p>
	<p><b>GB/JA<sup>50</sup>:</b>  Art. 9 Abs. 1  <sup>1</sup> Die Stadt Bern erhebt <b>und veröffentlicht</b> jährlich die territorialen Treibhausgasemissionen der Stadtverwaltung und diejenigen im ganzen Stadtgebiet.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  Mit dem zweijährlich erscheinenden Controllingbericht zur Energie- und Klimastrategie ist eine seriöse Berichterstattung gewährleistet.  Muss der Bericht jährlich veröffentlicht werden, werden personelle und finanzielle Ressourcen gebunden, die besser für die Umsetzung der Massnahmen eingesetzt werden.</p>
<p><sup>2</sup> <b>Der Gemeinderat erstattet alle zwei Jahre öffentlich Bericht, ob die in der Energie- und Klimastrategie für die Stadtverwaltung und für die ganze Stadt gesetzten Ziele übertroffen, erreicht oder nicht erreicht wurden und in welchen Bereichen zusätzlicher Handlungsbedarf besteht.</b>  <sup>3</sup> <b>Der Gemeinderat überarbeitet die Energie- und Klimastrategie regelmässig und passt sie so an die veränderten Verhältnisse an, dass die Ziele von Artikel 2 erreicht werden können.</b></p>	<p><b>FSU<sup>51</sup>:</b>  Art. 9 Abs. 2  <sup>2</sup> Der Gemeinderat erstattet alle zwei Jahre öffentlich Bericht, ob die in der Energie- und Klimastrategie für die Stadtverwaltung und für die ganze Stadt gesetzten Ziele übertroffen, erreicht oder nicht erreicht wurden und in welchen Bereichen zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. <b>Der Bericht wird dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht.</b></p>	<p><u>Annehmen</u>  Die Anträge FSU<sup>51</sup> und FDP/JF, Die Mitte<sup>52</sup> gehören zusammen.</p>

<sup>49</sup> **Begründung:** Die statistischen Grundlagen sollen wo immer möglich auf in Bern erhobenen Realdaten basieren und nicht auf Schätzungen zurückgreifen müssen.

<sup>50</sup> **Begründung:** Für die Transparenz soll die Stadt die erhobenen Emissionen von sich aus veröffentlichen. Es ist jedoch nicht nötig, diese durch einen grossen Bericht zu begleiten.

<sup>51</sup> **Begründung:** Mit der Traktandierung des Controlling-Berichts wird dem Stadtrat standardmässig die Möglichkeit gegeben, alle zwei Jahre mittels Planungserklärungen korrigierend eingreifen zu können, insbesondere auch in Bezug auf mögliche zu treffende Massnahmen.

	<p><b>FDP/JF, Die Mitte<sup>52</sup>:</b>  <sup>2</sup> Der Gemeinderat erstattet alle zwei Jahre öffentlich Bericht, ob die in der Energie- und Klimastrategie für die Stadtverwaltung und für die ganze Stadt gesetzten Ziele übertroffen, erreicht oder nicht erreicht wurden und in welchen Bereichen zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. <b>Der Bericht wird den zuständigen Stadtratskommissionen zur Kenntnis gebracht.</b></p>	<p>Die Anträge FSU<sup>51</sup> und FDP/JF, Die Mitte<sup>52</sup> gehören zusammen.  Aus Sicht des Gemeinderats ist der Antrag FDP/JF, Die Mitte<sup>52</sup> ebenfalls ein gangbarer Weg.</p>
	<p><b>FDP/JF, Die Mitte<sup>53</sup>:</b>  <sup>2</sup> Der Gemeinderat erstattet alle <b>vier</b> Jahre öffentlich Bericht, ob die in der Energie- und Klimastrategie für die Stadtverwaltung und für die ganze Stadt gesetzten Ziele übertroffen, erreicht oder nicht erreicht wurden und in welchen Bereichen zusätzlicher Handlungsbedarf besteht.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  Ein vierjähriger Zyklus ist zu lang, es muss früher abgeschätzt werden können, ob die Stadt sich noch auf dem Zielpfad befindet.</p>
<p><b>Art. 10 Vorgehen bei Verfehlung des Absenkpfeils</b>  <sup>1</sup> <b>Werden die Zwischenziele von Artikel 2 Absatz 1 um drei Prozent oder mehr verfehlt, ergreift die Stadt zusätzliche Massnahmen.</b>  <sup>2</sup> <b>Der Gemeinderat definiert spätestens drei Monate, nachdem er die Verfehlung eines Zwischenziels mit dem Bericht gemäss Artikel 9 Absatz 2 öffentlich gemacht hat, zusätz-</b></p>	<p><b>FSU<sup>54</sup>:</b>  Art. 10 Abs. 1  <sup>1</sup> Werden die Zwischenziele von Artikel 2 <del> Absatz</del> 1 um drei Prozent oder mehr verfehlt, ergreift die Stadt zusätzliche Massnahmen.</p>	<p><u>Ablehnen</u>  Der Gemeinderat hält an seiner ursprünglichen Formulierung fest. Es wird kaum je eine Punktlandung erreicht und eine gewisse Spannweite ist operativ notwendig. Auch mit dieser kleinen Spannweite wird der Zielpfad jedoch nicht verfehlt.</p>

<sup>52</sup> **Begründung:** Es wäre nicht effizient und zielführend, den Bericht dem ganzen Stadtrat vorzulegen. Stattdessen soll der Bericht bloss in den dafür sachlich zuständigen Stadtratskommissionen vorgelegt und darin besprochen werden.

<sup>53</sup> **Begründung:** Berichterstattung ist aufwändig und kostenintensiv. Sie muss deshalb in einem sinnvollen Kosten-Nutzenverhältnis stehen. Das Kosten-Nutzenverhältnis wird auch durch die Kadenz der Berichterstattung beeinflusst - ihm wird mit einer Berichterstattung alle vier Jahre gerecht.

<sup>54</sup> **Begründung:** Die Sektoren Wärme und Mobilität (Art. 2 Abs. 2 bzw. Abs. 3) sollen ihre Minimalziele eigenständig erreichen, sodass eine Saldierung dieser beiden zentralen Sektoren mit einer günstigeren Zielerreichung in anderen Sektoren nicht möglich ist. Die Marge von drei Prozent soll gestrichen werden, da die definierten Absenkpfade als Minimalziele zu interpretieren sind.

<b>liche Massnahmen und unterbreitet diese danach dem Stadtrat zur Beschlussfassung, soweit er nicht selbst zuständig ist.</b>		
	<p><b>SVP:</b>  Art. 10  <del>Art. 10 Vorgehen bei Verfehlung des Absenkpfeads</del>  <sup>1</sup> <del>Werden die Zwischenziele von Artikel 2 Absatz 1 um drei Prozent oder mehr verfehlt, ergreift die Stadt zusätzliche Massnahmen.</del>  <sup>2</sup> <del>Der Gemeinderat definiert spätestens drei Monate, nachdem er die Verfehlung eines Zwischenziels mit dem Bericht gemäss Artikel 9 Absatz 2 öffentlich gemacht hat, zusätzliche Massnahmen und unterbreitet diese danach dem Stadtrat zur Beschlussfassung, soweit er nicht selbst zuständig ist.</del></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Wird der Zielpfad verfehlt, ist es unerlässlich, zusätzliche Massnahmen zu ergreifen.</p>
	<p><b>GB/JA!<sup>55</sup>:</b>  Art. 10 Abs. 3  <sup>3</sup> <b>Der Gemeinderat beschliesst spätestens bis drei Monaten nach in Kraft treten des Klimareglements verbindliche Notfallmassnahmen. Diese treten in Kraft, wenn einer der Absenkpfade um mindestens 3% verfehlt wird.</b></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Die Rahmenbedingungen können sich ändern, es ist daher weder sinnvoll noch möglich, bereits vorgängig Massnahmen zu beschliessen. Zudem sind alle Massnahmen gleichwertig und müssen mit der notwendigen Sorgfalt in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren umgesetzt werden.</p>
<p><b>Art. 11 Zuständigkeiten</b>  <sup>1</sup> <b>Die Zuständigkeit für die Umsetzung der einzelnen Massnahmen nach Artikel 4 richtet sich nach den Festlegungen in der Energie- und Klimastrategie des Gemeinderats. Wenn eine Massnahme den Erlass oder die Änderung eines Reglements oder einen anderen Beschluss des Stadtrates oder der Stimmbe-</b></p>		

<sup>55</sup> **Begründung:** Griffige Sanktionsmassnahmen, die sofort greifen sind notwendig, wenn einer der Absenkpfade um mindestens 3% verfehlt wird. Die Notfallmassnahmen sollen zu einer starken Reduktion der Emissionen führen, um wieder auf Kurs zu kommen.

**rechten erfordert, obliegt der in der Energie- und Klimastrategie bezeichneten Stelle die Antragstellung.**

**<sup>2</sup> Artikel 5 ist von allen Verwaltungseinheiten in ihrem Tätigkeitsbereich umzusetzen.**

**<sup>3</sup> Das Controlling, die Berichterstattung und die Anpassung der Energie- und Klimastrategie nach Artikel 9 sowie das Vorgehen bei Verfehlung des Absenkpfeils nach Artikel 10 liegen in der Verantwortung der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie.**

**<sup>4</sup> In den übrigen Fällen liegt die Zuständigkeit beim Gemeinderat.**

<p><b>Art. 12 Finanzierung</b>  <sup>1</sup> <b>Die für den Vollzug zuständigen Direktionen nehmen die zur termingerechten Zielerreichung erforderlichen Mittel rechtzeitig in den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) und die Mittelfristige Investitionsplanung (MIP) auf.</b></p>	<p><b>FDP/JF, Die Mitte<sup>56</sup>:</b>  <sup>1</sup> <del>Die für den Vollzug zuständigen Direktionen nehmen die zur termingerechten Zielerreichung erforderlichen Mittel rechtzeitig in den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) und die Mittelfristige Investitionsplanung (MIP) auf.</del></p>	<p><u>Ablehnen</u>  In der Energie- und Klimastrategie sind den einzelnen Massnahmen federführende Direktionen zugeordnet. Die federführenden Direktionen müssen wissen, dass sie die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Massnahme in den ordentlichen Budgetprozess aufnehmen müssen.</p>
<p><sup>2</sup> <b>Es gelten die ordentlichen Finanzkompetenzen.</b></p>	<p><b>FDP/JF, Die Mitte<sup>57</sup>:</b>  <sup>2</sup> <del>Es gelten die ordentlichen Finanzkompetenzen</del></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Mit diesem Artikel wird bekräftigt, dass die geltenden Finanzkompetenzen nicht verändert werden.</p>
	<p><b>GB/JA!<sup>58</sup>:</b>  Art. 12 Abs. 3  <sup>3</sup> <b>Für die Umsetzung der Ziele dieses Reglements wird zusätzlich eine Spezialfinanzierung eingeführt.</b></p>	<p><u>Ablehnen</u>  Mit der zurzeit in Überarbeitung stehenden Finanzplanung FISBE wählt der Gemeinderat einen anderen Weg der Finanzierung.  Die neue Finanzplanung lehnt sich an die Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung mit ihren sechs Handlungsschwerpunkten an. Darunter fällt auch der Handlungsschwerpunkt 3 «Klimaschutz und Klimaanpassung».  Die Finanzplanung muss sich in Zukunft nach den Handlungsschwerpunkten und den Berner Nachhaltigkeitszielen richten. Damit wird erreicht, dass die Finanzen gezielt in allen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung eingesetzt werden können. Eine Annahme des Antrages GB/JA!<sup>58</sup> würde dem breiteren Ansatz der Finanzplanung widersprechen.</p>
<p><b>Art. 13 Inkrafttreten</b></p>		

<sup>56</sup> **Begründung:** Der Artikel bzw. Absatz ist obsolet - die Finanzplanung, auch jene für die Umsetzung des Klimareglements, ist anderweitig festgelegt. Alle erforderlichen Mittel sind im IAFP aufzunehmen, egal, ob es in einem Reglement steht oder nicht.

<sup>57</sup> **Begründung:** Der Artikel bzw. Absatz ist obsolet - da keine Spezialregelung i.S. Finanzkompetenzen festgelegt wird, bedarf es keiner expliziten Nennung, dass die ordentlichen Finanzkompetenzen gelten.

<sup>58</sup> **Begründung:** Ein Reglement, das sicherstellen will, dass Klimaschutzmassnahmen wirklich umgesetzt werden, braucht einen griffigen Finanzierungsmechanismus. Dies kann nicht den Direktionen und dem regulären IAFP-Prozess überlassen werden.

<b><i>Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements.</i></b>		
--	--	--